

Geplanter Kiesabbau in Ahlendorf: Eisenberg will gefragt werden

Verwaltung ist irritiert, dass sie im Raumordnungsverfahren nicht beteiligt wird
– Großteil der Abbaumenge soll durch die Stadt rollen

03. Mai 2019 / 02:59 Uhr



Rund 60 Interessierte verfolgten am 25. April ein Treffen der Bürgerinitiative gegen den Kiesabbau in Ahlendorf. Die Hauptredner Wolfgang Maruschky und Herbert Zimmermann (gelbe Weste) brachten Argumente vor, die ihrer Meinung nach gegen die Einrichtung einer Kiessandlagerstätte bei Ahlendorf durch die Firma LZR-Baur-Beton sprechen. Foto: Susann Grunert

Eisenberg. Die Stadtverwaltung will bis heute eine Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren „Kiessandtagebau Ahlendorf“ an das Thüringer Landesverwaltungsamt schicken – obwohl sie gar nicht offiziell am Verfahren beteiligt ist.

Im Schreiben heißt es: „Die Stadt Eisenberg bringt ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass sie als betroffene Gemeinde nicht beteiligt und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert wurde.“ Denn die Stadt sei insofern vom geplanten Kiesabbau in Ahlendorf betroffen, als künftig 65 Prozent der Abbaumenge über die Landesstraße 3007 in Richtung Eisenberg täglich abtransportiert werden sollen, was durchschnittlich 20 einfache Fahrten bedeute. So steht es im Transportkonzept der Firma LZR-Baur-Beton, die das Vorhaben realisieren möchte. Die Stadt will das nicht ohne Weiteres hinnehmen, zumal auf besagter Landesstraße schon zehn Prozent mehr Schwerlastverkehr unterwegs sei, seit die

frühere Bundesstraße 7 zur Landesstraße 3007 herabgestuft wurde.

„Stadt nicht unmittelbar vom Vorhaben betroffen“

„Deshalb legt die Stadt Eisenberg gegen dieses Transportkonzept Widerspruch ein und fordert ausdrücklich die Beteiligung im Raumordnungsverfahren ein“, heißt es abschließend.

Die Stadt Eisenberg sei nach Einschätzung der oberen Landesplanungsbehörde nicht unmittelbar vom Vorhaben betroffen und wurde daher nicht zur Stellungnahme aufgefordert, erklärte auf Nachfrage der Pressesprecher des Landesverwaltungsamtes, Adalbert Alexy. Sie könne sich aber grundsätzlich im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung mit einer Stellungnahme in das Verfahren einbringen. Die Frist dafür endet am heutigen Freitag. Die vorliegende Planung sehe einen Anschluss des Kiesabbaus an das öffentliche Straßennetz, das heißt an die Landesstraße L 1374 Crossen-Zeitz nördlich von Ahlendorf, vor. „Das öffentliche Straßennetz, zu dem die L 1374 gehört, kann bei Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben grundsätzlich von allen benutzt werden“, so Alexy. Daher würden die raumordnerischen Betrachtungen zur Verkehrsanbindung von Vorhaben üblicherweise an dieser Stelle enden. Von Seiten des Landesverwaltungsamtes als obere Planungsbehörde sei daher auch im vorliegenden Fall die Fortführung des Transportverkehrs kein Gegenstand der raumordnerischen Prüfung.

Die Belange des Straßenverkehrs würden darüber hinaus im Raumordnungsverfahren durch die untere und obere Straßenverkehrsbehörde wahrgenommen, hier das Landratsamt Saale-Holzland-Kreis und das Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr, die auch vom Landesverwaltungsamt am Verfahren beteiligt worden seien.

Susann Grunert / 03.05.19

ZoRo162657057